

*das Kommunale Jobcenter Landkreis Leipzig wird hier immer als Jobcenter bezeichnet

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten sowohl in weiblicher, männlicher, diverser als auch in unbestimmter Form.

Der Antrag auf Bürgergeld nach dem SGB II besteht aus dem Hauptantrag und verschiedenen Zusatzblätter. Die Zusatzblätter müssen entsprechend Ihrer Lebenssituation ausgefüllt werden. Ihre persönlichen Daten als Antragsteller müssen Sie auf jedem Zusatzblatt erneut eintragen, damit diese eindeutig zugeordnet werden können.

<u>Übersicht über die Vordrucke</u>	
Hauptantrag	Antrag auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – Bürgergeld –
Zusatzblatt 1.1 Personen ab 15 Jahre	Ergänzung zum Hauptantrag für Familienmitglieder ab 15 Jahre
Zusatzblatt 1.2 Personen bis 15 Jahre	Ergänzung zum Hauptantrag für Familienmitglieder bis noch nicht vollendetes 15. Lebensjahr
Weiterbewilligungsantrag	Antrag auf Weiterbewilligung nach dem SGB II – Bürgergeld
Antrag auf Zusicherung zum Umzug	Nach § 22 Abs. 4 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) soll der erwerbsfähige Leistungsberechtigte die Zusicherung des kommunalen Trägers zu den Aufwendungen für eine neue Unterkunft einholen.
Mietbescheinigung/ Mietangebot	Zur freiwilligen Verwendung für Angaben zu den Kosten der Unterkunft und Heizung, durch den Vermieter auszufüllen
Zusatzblatt 2.1	zur Feststellung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung Miete / freies Wohnrecht
Zusatzblatt 2.2	zur Feststellung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung selbstgenutztes Wohneigentum
Zusatzblatt 3	Geld, Geldanlagen und Eigentum im In- und/oder Ausland
Zusatzblatt 4.1	EKS-Bogen Prognose - Erklärung zum Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft im Bewilligungszeitraum
Zusatzblatt 4.2	EKS-Bogen Festsetzung - Abschließende Erklärung zum Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft im Bewilligungszeitraum
Zusatzblatt 4.3	Einkommenserklärung zur Feststellung der Einkommensverhältnisse sowie vom Einkommen absetzbare Beträge

Zusatzblatt 4.4	Einkommensbescheinigung – Bescheinigung des Arbeitsentgelts durch den Arbeitgeber
Zusatzblatt 5.1	Unterhaltsansprüche von Kindern gegenüber mindestens einem Elternteil <u>außerhalb</u> der Bedarfsgemeinschaft
Zusatzblatt 5.2	Unterhaltsansprüche – Trennungsunterhalt oder nachehelichem bzw. nachpartnerschaftlichem Unterhalt
Zusatzblatt 5.3	Unterhaltsanspruch wegen Schwangerschaft und Betreuung
Zusatzblatt 5.4	Unterhaltsansprüche von volljährigen Personen unter 25 Jahren gegenüber beiden Elternteilen <u>außerhalb</u> der Bedarfsgemeinschaft (nur bei Schule, Ausbildung, Studium)
Zusatzblatt 6	Sozialversicherung der Bezieher von Bürgergeld die privat oder nicht kranken- und oder pflegeversichert sind – Zuschuss zu den Beiträgen –
Zusatzblatt 7	Ärztliche Bescheinigung zur Anerkennung eines Mehrbedarfes für eine aus medizinischen Gründen notwendige kostenaufwendige Ernährung gemäß § 21 Absatz 5 SGB II
Zusatzblatt 8	Zur Überprüfung einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft (eheähnliche Gemeinschaft)

Datenschutz

Das Jobcenter benötigt die Daten, um den Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II – Bürgergeld – festzustellen und die entsprechenden Leistungen zahlen zu können.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten steht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) und des Sozialgesetzbuches Zehntes Buch (SGB X) und Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II).

Bei Vorlage von Nachweisen sind Schwärzungen von Angaben über besondere Kategorien personenbezogener Daten zulässig, z. B. ethnische Herkunft, politische Meinung, Glauben, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Gesundheit, Sexualleben oder Religionszugehörigkeit.

Im Merkheft zum SGB II finden Sie weitere Informationen.

Erläuterungen zu den einzelnen Formularen ist den folgenden Seiten zu entnehmen.

Hauptantrag

① Verpflichtungserklärung

Eine Person kann sich gegenüber der Ausländerbehörde oder Auslandsvertretung verpflichten, Ihnen bei Hilfebedürftigkeit finanziell Unterstützung zu leisten. Dies nennt man Verpflichtungserklärung. Um den weiteren Anspruch prüfen zu können, müssen Sie die Verpflichtungserklärung vorlegen. Falls Ihnen die Verpflichtungserklärung nicht vorliegt, reichen Sie bitte andere geeignete Unterlagen, zum Beispiel Angaben zur Person, die Sie finanziell unterstützt, ein.

② Postadresse / Kontaktdaten

In der Regel ist die Wohnadresse gleichzeitig auch die Postanschrift und somit einzutragen. Sofern Ihre Post an eine andere Adresse als die Wohnadresse geschickt werden sollte (z.B. bei Betreuung, ohne festen Wohnsitz), ist diese andere Adresse hier einzutragen.

Die Angabe der Telefonnummer und der E-Mail-Adresse ist freiwillig. Diese Angaben können aber während der Bearbeitung Ihres Antrages für Rückfragen die Bearbeitungszeit verkürzen.

③ Kundennummer

Soweit Sie bereits über eine Kundennummer bei der Agentur für Arbeit verfügen, z.B. durch vorherigen Jobcenterleistungsbezug oder Arbeitslosengeld-Bezug, geben Sie diese Nummer bitte an. Sie finden diese auf den entsprechenden Bescheiden. Ansonsten lassen Sie dieses Feld bitte leer.

④ Bankverbindung

Leistungen nach dem SGB II werden grundsätzlich auf ein Bankkonto überwiesen. Bitte geben Sie Bankverbindung im SEPA-Format (BIC, IBAN) an.

Was ist, wenn ich kein Konto habe?

Nach dem Zahlungskontengesetz hat jede Verbraucherin/jeder Verbraucher mit regelmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union einen Anspruch auf ein sogenanntes Basiskonto. Bitte informieren Sie sich bei einer Bank oder Sparkasse und legen den Nachweis zur Kontoeröffnung vor.

Sofern Sie kein Konto erhalten sollten, ist dies entsprechend nachzuweisen.

Die Auszahlung der Leistungen erfolgt dann monatlich im Voraus per Barscheck.

⑤ Vorbezug

Hierzu zählen alle bezogenen Leistungen vom Jobcenter und/oder einem anderen Jobcenter vor Umzug (SGB II) und/oder Sozialamt (SGB XII), welche vor erneuter Antragstellung auf Bürgergeld bezogen wurden. Bitte beachten Sie, dass zur Prüfung der Karenzzeit nach SGB II die letzten drei Jahre maßgeblich sind.

⑥ Rentenversicherung

Sie sind als Bezieherin und Bezieher von Bürgergeld nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig. Daher werden auch keine Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt. Die Zeit des Bezugs von Bürgergeld wird jedoch an die Rentenversicherung gemeldet. Sie prüft dann, ob eine Anrechnungszeit vorliegt. Bitte geben Sie für diese Meldung Ihre Rentenversicherungsnummer an. Diese Nummer finden Sie auf Ihrem Sozialversicherungsausweis.

Sollten Sie aufgrund Ihres Alters oder durch Einreise nach Deutschland noch keine Rentenversicherungsnummer haben, muss diese über Ihre Krankenkasse angefordert werden. Lassen Sie dieses Feld dann frei.

⑦ Krankenversicherung

Aufgrund des Bezuges von Bürgergeld für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nicht bei Darlehen oder dem Bezug von Bürgergeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte) sind Sie grundsätzlich versicherungspflichtig in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Kosten für eine anderweitige Absicherung im Krankheitsfall können dann durch Ihr Jobcenter nicht übernommen werden.

Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte werden nicht durch das Jobcenter in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung versichert. Hinsichtlich Ihres Versicherungsschutzes setzen Sie sich bitte selbst mit Ihrer Krankenkasse in Verbindung.

Waren Sie zuletzt vor dem Bezug von Bürgergeld privat krankenversichert, bleiben Sie dies auch während des Bezuges von Bürgergeld.

Wenn Sie zuletzt ohne Krankenversicherung waren und hauptberuflich selbstständig tätig oder nach § 6 Absatz 1 oder 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch versicherungsfrei sind, werden Sie ebenfalls nicht über den Leistungsbezug gesetzlich krankenversichert. Sie müssen dann für den Fall der Krankheit selbst vorsorgen und sich privat kranken- und pflegeversichern. Möglicherweise kann Sie Ihr Jobcenter mit einem Zuschuss zu den Beiträgen der Kranken- und Pflegeversicherung finanziell unterstützen. Weiterhin gibt es besondere Regelungen zum Eintritt der Krankenversicherungspflicht, wenn Sie zu Beginn des Bezuges von Bürgergeld für erwerbsfähige Leistungsberechtigte das 55. Lebensjahr vollendet haben. **In Deutschland besteht eine Krankenversicherungspflicht für alle – auch für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II.**

BITTE BEACHTEN SIE Ihr Jobcenter versichert Sie erst dann, wenn die beantragte Leistung auch bewilligt worden ist. Die Versicherung beginnt grundsätzlich – auch rückwirkend – mit dem ersten Tag, für den Sie Leistungen erhalten. Für den Fall, dass Sie nach der Antragstellung, aber vor der Bewilligung, Leistungen der Krankenkasse in Anspruch nehmen müssen, haben Sie also noch keinen Versicherungsschutz. Setzen Sie sich deshalb vorsorglich mit Ihrer Krankenkasse über Fragen zu einem vorläufigen Versicherungsschutz für sich und Ihre Angehörigen in Verbindung.

In der Zeit, in der Sie keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen, werden Ihre Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung nicht mehr durch das Jobcenter übernommen. Dies gilt auch für die Zeit während eines künftigen bzw. laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens. In diesem Fall setzen Sie sich bitte zur Sicherstellung Ihres Versicherungsschutzes unverzüglich mit Ihrer Krankenkasse oder Ihrem Krankenversicherungsunternehmen in Verbindung. Dort werden Sie über Ihre Rechte und Möglichkeiten zur Absicherung Ihres Krankenversicherungsschutzes informiert.

Das Jobcenter übernimmt für Personen ohne Krankenversicherungsschutz keine Kosten einer medizinischen Versorgung. Für die Zeit ohne Versicherungsschutz können zudem Prämien-/Beitragsrückstände und Prämien-/Säumniszuschläge entstehen. Den Krankenversicherungsschutz können Sie bei einem Versicherungsunternehmen der privaten Krankenversicherung oder bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung sicherstellen. Falls Sie nicht sicher sind, ob Sie sich freiwillig gesetzlich oder privat versichern können, melden Sie sich bitte zuerst bei einer gesetzlichen Krankenkasse Ihrer Wahl. Diese wird ihre Zuordnung prüfen. Erfüllen Sie die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, können Sie im Rahmen des allgemeinen Kassenwahlrechts eine gesetzliche Krankenkasse frei wählen. Diese darf die Mitgliedschaft nicht ablehnen. Erfüllen Sie die Voraussetzungen zur Zuordnung in das System der privaten Krankenversicherer, sind die privaten Krankenversicherungsunternehmen verpflichtet, Ihnen eine Kranken- und Pflegeversicherung im sogenannten Basistarif anzubieten. In beiden Fällen kann Ihr Jobcenter unter gesetzlich bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuss zu den Beiträgen zahlen. Ein solcher Zuschuss kann auch dann gezahlt werden, wenn Sie keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II haben, aber durch die Zahlung der Beiträge hilfebedürftig würden.

Das Jobcenter ist verpflichtet, eine Kranken- und Pflegeversicherung für Sie und die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft sicherzustellen. Hierfür ist es erforderlich, dass das Jobcenter weiß, ob und in welcher Form (gesetzlich oder privat) Sie und die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zuletzt krankenversichert waren.

Vor Antragstellung – Pflichtversicherte, Familienversicherte:

Grundsätzlich haben Sie ein Kassenwahlrecht in dem Umfang, wie es den versicherungspflichtigen Beschäftigten zusteht.

Waren Sie bisher familienversichert, können Sie zu Beginn des Bezugs von Bürgergeld eigenständig eine gesetzliche Krankenkasse wählen (ab dem 15. Lebensjahr). Sofern Sie dieses Wahlrecht ausüben wollen, legen Sie bitte innerhalb von zwei Wochen, am besten zeitgleich mit Ihrem Antrag auf Bürgergeld, eine Mitgliedsbescheinigung oder einen anderweitigen Nachweis der gewählten Krankenkasse vor.

Sollten Sie keine neue Krankenkasse wählen, werden Sie bei Ihrer bisherigen Krankenkasse pflichtversichert.

Kinder unter 15 Jahren bleiben weiterhin familienversichert.

Hinweis bei Vorbezug von Asylbewerberleistungen:

Wenn Sie Leistungen nach dem SGB II erhalten, werden Sie bei einer Krankenkasse Ihrer Wahl gesetzlich versichert. Sie müssen sich an eine deutsche Krankenkasse wenden und dort melden. Sie erhalten dann eine Bescheinigung, der zu entnehmen ist, dass Sie ab Beginn des SGB II Leistungsbezugs bei dieser Krankenkasse versichert werden können. Diese Bescheinigung reichen Sie mit Ihrem Antrag ein.

Vor Antragstellung privat, freiwillig gesetzlich oder nicht versichert

Waren Sie oder ein Mitglied Ihrer Bedarfsgemeinschaft zuletzt vor Bezug von Bürgergeld privat, freiwillig gesetzlich versichert oder gar nicht versichert, füllen Sie bitte das Zusatzblatt 6 aus.

Das Zusatzblatt 6 ist auch dann auszufüllen, wenn Sie:

- Bürgergeld lediglich darlehensweise beziehen oder
- allein aufgrund Ihrer Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge hilfebedürftig werden würden.

Selbst wenn Sie oder ein Mitglied Ihrer Bedarfsgemeinschaft sich bisher nicht versichert haben, tritt bei Bezug von Bürgergeld in der Regel eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ein.

Unter bestimmten Voraussetzungen jedoch (zum Beispiel bei hauptberuflicher selbständiger Tätigkeit) tritt keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ein. In diesen Fällen wären Sie zum Abschluss einer anderweitigen Absicherung (private oder freiwillig gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung) verpflichtet. Bei weiteren Fragen hierzu wenden Sie sich bitte an eine Krankenkasse.

⑧ Erwerbsfähigkeit

Erwerbsfähig ist wer unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein kann.

Konkrete Angaben zu Krankheiten oder Behinderungen sollen nicht gemacht werden.

Was gilt bei Kindeserziehung, Pflege Angehöriger oder Schulbesuch?

Als erwerbsfähig gelten auch Personen, denen vorübergehend eine Erwerbstätigkeit nicht zugemutet werden kann, zum Beispiel wegen der Erziehung eines Kindes unter drei Jahren, der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder wegen eines Schulbesuchs.

Ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte besteht nur dann, wenn mindestens eine Person Ihrer Bedarfsgemeinschaft erwerbsfähig ist.

Wenn es keine erwerbsfähige Person in Ihrer Bedarfsgemeinschaft gibt, besteht für Sie möglicherweise kein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Sie können in diesem Fall Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) beantragen.

⑨ Leistungen für besondere Mehrbedarfe

Alleinerziehend: Leben Sie allein mit Ihrem minderjährigen Kindern in einem Haushalt, steht Ihnen ein Mehrbedarf wegen alleinerziehend nach dem SGB II zu.

Schwangerschaft: Sind Sie derzeit schwanger tragen Sie hier bitte den vorläufigen Entbindungstermin aus Ihrem Mutterpass ein und legen Sie uns diesen zur Einsicht vor.

Grad der Behinderung: Haben Sie einen Grad der Behinderung legen Sie uns bitte den entsprechenden Bescheid vor und tragen Sie Ihre festgestellten Werte ein. Wurde dieser noch nicht offiziell festgestellt, kreuzen Sie bitte nein an und reichen Sie diesen ggf. nach Erteilung nach.

Kostenaufwändige Ernährung: Haben Sie einen erhöhten Kostenaufwand für Ernährung aus gesundheitlichen Gründen, weisen Sie uns diesen bitte durch ein ärztliches Attest nach.

Unabweisbaren besonderen Bedarf: Haben Sie einen zusätzlichen unabweisbaren Bedarf, wie z.B. Kosten für Fahrtkosten im Rahmen des Umgangsrechtes geben Sie dies hier an und weisen Sie diesen bitte nach. Bitte beachten Sie hierzu die Wirtschaftlichkeit (kostengünstig!)

Dezentrale Warmwassererzeugung: Sofern Warmwasser über die zentrale Heizungsanlage erzeugt und über die Heizkosten abgerechnet wird, sind diese Kosten Bestandteil der Bedarfe für Unterkunft und Heizung. Wird Warmwasser jedoch dezentral (zum Beispiel über einen Durchlauferhitzer, Boiler oder eine Gastherme) erzeugt, wird ein Mehrbedarf für die dezentrale Warmwassererzeugung gewährt.

⑩ Wohnverhältnisse

Aus der Betrachtung der Wohnverhältnisse ergibt sich die Zusammensetzung der Bedarfs- und/oder Haushaltsgemeinschaft.

Für jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft ist das Zusatzblatt 1.1 und/oder 1.2 auszufüllen.

⑪ Bedarfsgemeinschaft

Eine Bedarfsgemeinschaft besteht aus der oder dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sowie in der Regel aus:

- der/dem nicht dauernd getrenntlebenden Ehefrau/Ehemann,
- der/dem nicht dauernd getrenntlebenden eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartner oder
- einer Person, die mit der oder dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft („eheähnliche Gemeinschaft“) zusammenlebt.
- die zum Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen (zum Beispiel Kindergeld und Unterhaltszahlungen) oder Vermögen sichern können.

Stellt ein unverheiratetes erwerbsfähiges Kind, das mindestens das 15. Lebensjahr, aber noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat, einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB II, und wohnt im elterlichen Haushalt bildet dieses Kind mit den oben angegebenen Personen eine Bedarfsgemeinschaft.

Leben Kinder mit eigenen Kindern im Haushalt der Eltern (Großeltern), bilden diese eine eigene Bedarfsgemeinschaft.

⑫ Temporäre Bedarfsgemeinschaft

Die temporäre (zeitweise) Bedarfsgemeinschaft ist eine besondere Form der Bedarfsgemeinschaft. Von einer temporären Bedarfsgemeinschaft spricht man, wenn:

- die hilfebedürftigen Eltern eines minderjährigen Kindes nicht nur vorübergehend getrennt leben und
- das minderjährige Kind sich regelmäßig wechselseitig in beiden elterlichen Haushalten aufhält.

Der Aufenthalt der Kinder ist unabhängig vom Sorge- und Umgangsrecht der Eltern anhand der tatsächlichen Verhältnisse zu beurteilen. Besuche bei einem Elternteil, die kürzer als zwölf Stunden sind, begründen keine temporäre Bedarfsgemeinschaft.

Das Bestehen einer temporären Bedarfsgemeinschaft hat Auswirkungen auf den Leistungsanspruch des minderjährigen Kindes.

⑬ Vertretung der Bedarfsgemeinschaft

Die Antragstellerin oder der Antragsteller vertritt die Bedarfsgemeinschaft.

Für die gesamte Bedarfsgemeinschaft ist nur ein Antrag mit den entsprechenden Zusatzblättern 1.1 und 1.2 erforderlich. Als Vertreterin oder Vertreter sollten Sie beim Ausfüllen des Antrags die Vertretenen einbeziehen. Stimmen Sie die wesentlichen Angaben sowie Angaben, die die Vertretenen betreffen, mit diesen ab. Die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft können sich auch nur teilweise vertreten lassen.

Was ist, wenn Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft die Vertretung nicht möchten?

Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft können auch selbst einen Antrag stellen, wenn sie mit einer Vertretung durch die Antragstellerin oder den Antragsteller nicht einverstanden sind. Mit einem eigenen Antrag heben die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft die Vertretungsvollmacht auf und vertreten ihre Interessen selbst (§ 36 Erstes Buch Sozialgesetzbuch gilt entsprechend). Sie verbleiben dennoch in der bestehenden Bedarfsgemeinschaft. Es ist aber auch möglich, lediglich Zahlungen an sich selbst zu verlangen. In diesem Fall bleibt die Vertretungsvollmacht im Übrigen bestehen.

14 Haushaltsgemeinschaft

Personen, die mit Ihnen im Haushalt leben, aber nicht Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft sind, gehören zur Haushaltsgemeinschaft, zum Beispiel

- Verwandte und Verschwägerter (Großeltern, Geschwister über 25 Jahre, Onkel, Tanten),
- Pflegekinder und Pflegeeltern.

15 Wohngemeinschaft

Wer sich Wohnraum mit anderen Personen teilt, mit ihnen aber nicht verwandt oder verschwägert ist, lebt in einer Wohngemeinschaft.

16 Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft (Umgangssprachlich – eheähnliche Gemeinschaft)

Von dem Bestehen einer Partnerschaft ist auszugehen, wenn eine gewisse Ausschließlichkeit der Beziehung gegeben ist, die keine vergleichbare Lebensgemeinschaft daneben zulässt.

Auch kann von einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft ausgegangen werden, wenn zwischen der/dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Partnerin/dem Partner die grundsätzliche Möglichkeit der Heirat besteht.

Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn Partnerinnen und Partner:

- länger als ein Jahr zusammenleben,
- mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
- Kinder oder Angehörige im Haushalt gemeinsam versorgen oder
- befugt sind, über Einkommen oder Vermögen der/des Anderen zu verfügen.

Neben den Vermutungsregelungen können auch andere äußere Tatsachen das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft begründen. Dies kann beispielsweise ein gegebenes Eheversprechen, das Wohnen im gemeinsamen Wohneigentum oder die tatsächliche Pflege einer Partnerin/eines Partners im gemeinsamen Haushalt sein. Hierzu kann es erforderlich sein, weitere Daten zu erheben.

Kann ich die Vermutung über das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft widerlegen?

Die Vermutung kann von Ihnen widerlegt werden. Ausreichend ist allerdings nicht die Behauptung, dass der Vermutungstatbestand nicht erfüllt sei; erforderlich ist vielmehr, dass Sie darlegen und nachweisen, dass die oben genannten Kriterien nicht erfüllt werden beziehungsweise die Vermutung durch andere Umstände entkräftet wird.

Bitte machen Sie insbesondere Angaben zur Dauer des Zusammenlebens und legen hierfür entsprechende Nachweise (zum Beispiel Anmeldung bei Meldebehörden, Mietvertrag oder Versicherungspolice) vor. Bei Fragen hierzu wenden Sie sich bitte an Ihr zuständiges Jobcenter.

17 Einkommensverhältnisse

Bitte geben Sie das Einkommen jedes einzelnen Mitgliedes der Bedarfsgemeinschaft an. Einkommen sind alle Einnahmen in Geld und in bestimmten Fällen auch die in Geldeswert. Dazu gehören insbesondere:

- Einkommen aus nichtselbständiger oder selbständiger Arbeit, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Land- und Forstwirtschaft,
- Kindergeld, Kinderzuschlag, Entgeltersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, Insolvenzgeld, Übergangsgeld, Krankengeld, Berufsausbildungsbeihilfe,
- Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung (zum Beispiel Altersrente oder Knappschaftsausgleichsleistungen, Unfall- beziehungsweise Verletztenrenten), ausländische Renten, Betriebsrenten oder Pensionen,
- Unterhaltszahlungen, Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
- Zinsen, Kapitalerträge,
- Wohngeld, Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und
- sonstige laufende oder einmalige Einnahmen (zum Beispiel Elterngeld, Pflegegeld für erzieherischen Einsatz nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch).

Bitte geben Sie auch Einkünfte aus sozialversicherungsfreien Nebenbeschäftigungen an. Als Einkommen gelten auch Aufwandsentschädigungen bei einer ehrenamtlichen oder gemeinnützigen Tätigkeit. Zu den

sonstigen laufenden oder einmaligen Einnahmen zählen unter anderem die Leibrente für eine verkaufte Immobilie und die Steuerrückerstattung. Auch Schadensersatzleistungen müssen Sie angeben. Änderungen in den Einkommensverhältnissen in Ihrer Bedarfsgemeinschaft haben Einfluss auf die Höhe des Bürgergeldes und sind immer unverzüglich mitzuteilen.

18) Geld, Geldanlagen und Eigentum

Die Gesamtheit von Geld, Geldanlagen und Eigentum im In- und/oder Ausland einer Person stellt nach SGB II Vermögen dar, bewertet zum Zeitpunkt der Antragstellung.

Ab Beginn des Bezuges von Bürgergeld wird das Vermögen für einen Zeitraum von einem Jahr nur dann berücksichtigt, wenn es erheblich ist. Die Jahresfrist beginnt frühestens am 01.01.2023.

Bitte geben Sie das erhebliche Vermögen aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft an.

Erheblich ist das kurzfristig für den Lebensunterhalt verwertbare Vermögen der Antragstellerin/des Antragstellers über 40.000,00 Euro. Für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft werden 15.000,00 Euro hinzugerechnet.

Bestimmte Vermögensgegenstände werden nicht in die Prüfung mit einbezogen. Dazu gehören insbesondere selbstgenutzte Wohnimmobilien und typische Altersvorsorgeprodukte wie Riester-Rente. Ein angemessenes Auto für jede erwerbsfähige Person in der Bedarfsgemeinschaft oder ein Motorrad wird ebenfalls nicht als Vermögen berücksichtigt.

Verwertbar ist Vermögen, wenn es für den Lebensunterhalt verwendet oder sein Geldwert durch Verbrauch, Verkauf, Beleihung, Vermietung oder Verpachtung für den Lebensunterhalt nutzbar gemacht werden kann. Nicht verwertbar sind Vermögensgegenstände, über die die Inhaberin/der Inhaber nicht verfügen darf (zum Beispiel weil der Vermögensgegenstand verpfändet ist).

Ob Vermögen verwertbar ist, beurteilt das zuständige Jobcenter.

Wann müssen Nachweise zum Vermögen eingereicht werden?

Nachweise zur Prüfung Ihres Vermögens müssen Sie nur vorlegen, wenn das Jobcenter Sie dazu auffordert. Das Jobcenter kann zum Beispiel die Vorlage von Bescheinigungen der Versicherungen, Jahresabrechnungen oder auch Kontoauszüge zur Einsichtnahme verlangen. Aus den vorgenannten Unterlagen darf das Jobcenter von denjenigen Angaben Kopien fertigen und zu den Akten nehmen, die leistungsrelevant sind. Änderungen in den Vermögensverhältnissen in Ihrer Bedarfsgemeinschaft haben Einfluss auf die Höhe des Bürgergeldes und sind immer unverzüglich mitzuteilen.

19) Vorrangige Leistung

Vorrangige Leistungen sind geeignet, Ihre Hilfebedürftigkeit zumindest zu verringern oder Ihren Anspruch auf das Bürgergeld auszuschließen.

Solche Leistungen können beispielsweise sein:

- Unterhaltsansprüche nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch,
- Anspruch auf Wohngeld/Lastenzuschuss, zu beantragen bei Ihrer Stadt- oder Amtsverwaltung,
- Anspruch auf Kindergeld/Kinderzuschlag, zu beantragen bei der Familienkasse,
- Anspruch auf Unterhaltsvorschuss, zu beantragen beim Jugendamt,
- Anspruch auf Arbeitslosengeld, zu beantragen bei Ihrer Agentur für Arbeit,
- Anspruch auf (ausländische) Renten,
- Anspruch auf Elterngeld,
- Anspruch auf Ausbildungsförderung oder
- Anspruch auf Krankengeld.

20 Bildung- und Teilhabe

Bedarfe für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft werden bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen neben dem Regelbedarf nach gesondert berücksichtigt. Bedarfe für Bildung werden nur bei Personen berücksichtigt, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten (Schülerinnen und Schüler).

- Ausflüge bzw. mehrtägige Klassenfahrten der Schule / Kindertageseinrichtung
- Schulbedarf (Geld für Schulmaterial z.B. Hefte, Stifte usw.)
- Schülerbeförderung
- Lernförderung
- Mittagsverpflegung (Das Kind nimmt regelmäßig am gemeinschaftlichen Mittagessen teil)
- Teilhabe am sozialen und kulturellem Leben (Mitgliedsbeiträge, Unterricht in künstlerischen Fächern, Teilnahme an Freizeiten z.B. Ferienlager)

21 Zusatzblatt 1.1 Ergänzung zum Hauptantrag für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft ab 15 Jahre

Dieses Zusatzblatt ist für jede einzelne Person der Bedarfsgemeinschaft ab 15 Jahre auszufüllen. Das heißt für Partner und für Kinder ab dem 15. Lebensjahr.

22 Zusatzblatt 1.2 Ergänzung zum Hauptantrag für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft unter 15 Jahre

Dieses Zusatzblatt ist für jede einzelne Person der Bedarfsgemeinschaft zwischen Kindern von Geburt an (0 Jahre) und Kindern, die das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben auszufüllen.

23 Zusatzblatt 2.1 zur Feststellung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung / Miete, freies Wohnrecht

Sie sind Mieter, Untermieter oder haben ein notarielles freies Wohnrecht und es entstehen Ihnen und den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft Kosten für Unterkunft und Heizung ist diese Zusatzblatt vollständig auszufüllen.

Aus der Gesamtwohnfläche des Gebäudes ergeben sich die zu ermittelnden angemessenen Kosten für die Heizung. Die angemessenen Heizkostenwerte ergeben sich aus dem Heizspiegel für Deutschland.

Die angemessenen Kosten für die Nettomiete (auch Grundmiete genannt) und die kalten Nebenkosten ergeben sich aus den jeweils geltenden Kreistagsbeschluss des Landratsamtes Landkreis Leipzig.

24 Zusatzblatt 2.2 zur Feststellung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung / selbstgenutztes Wohneigentum

Sie bewohnen selbstgenutztes Eigentum in Form eines Einfamilienhauses / Doppelhaushälfte oder Eigentumswohnung. In diesem Fall werden Schuldzinsen, welche im Zusammenhang mit dem Bau, Erwerb oder Sanierung stehen, als Kosten der Unterkunft berücksichtigt. Tilgungsleistungen können in der Regel nicht übernommen werden, da die Zahlung des Bürgergeldes nicht der Vermögensbildung dienen darf. Weiterhin können Nebenkosten geltend gemacht werden.

Die angemessenen Kosten ergeben sich aus den jeweils geltenden Kreistagsbeschluss des Landratsamtes Landkreis Leipzig. An Stelle der Nettomiete treten die Schuldzinsen.

Aus der Gesamtwohnfläche des Gebäudes ergeben sich die zu ermittelnden angemessenen Kosten für die Heizung. Die angemessenen Heizkostenwerte ergeben sich aus dem Heizspiegel für Deutschland.

Bewohnen Sie eine Einliegerwohnung oder eine Wohnung in Ihrem Eigentum können nur die Kosten für den von Ihnen bewohnten Wohnraum berücksichtigt werden.

Die Kosten für leerstehender Wohnraum finden keine Berücksichtigung. Bei vermieteten Wohnraum sind Mieteinnahmen mit anzugeben.

25 Zusatzblatt 3 Geld, Geldanlagen und Eigentum im In- und/oder Ausland

Die Gesamtheit von Geld, Geldanlagen und Eigentum im In- und/oder Ausland einer Person stellt nach SGB II Vermögen dar, bewertet zum Zeitpunkt der Antragstellung.

Dazu gehören insbesondere:

- Bank- und Sparguthaben (auch online), Bargeld, Wertpapiere, Aktien, Anleihen, Aktienfonds,

- Forderungen,
- Kraftfahrzeuge (zum Beispiel Auto, Motorrad),
- Kapitallebensversicherungen, private Rentenversicherungen (sofern sie nicht der Altersvorsorge dienen),
- Bausparverträge,
- bebaute oder unbebaute Grundstücke, Hausbesitz (zum Beispiel Ein- oder Mehrfamilienhäuser), Eigentumswohnungen und
- sonstige Vermögensgegenstände (zum Beispiel Wertsachen, Gemälde, Schmuck).

Ab Beginn des Bezuges von Bürgergeld wird das Vermögen für einen Zeitraum von einem Jahr nur dann berücksichtigt, wenn es erheblich ist. Die Jahresfrist beginnt frühestens am 01.01.2023.

Bitte geben Sie das erhebliche Vermögen aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft an.

Erheblich ist das kurzfristig für den Lebensunterhalt verwertbare Vermögen der Antragstellerin/des Antragstellers über 40.000,00 Euro. Für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft werden 15.000,00 Euro hinzugerechnet.

Bestimmte Vermögensgegenstände werden nicht in die Prüfung mit einbezogen. Dazu gehören insbesondere selbstgenutzte Wohnimmobilien und typische Altersvorsorgeprodukte wie Riester-Rente. Ein angemessenes Auto für jede erwerbsfähige Person in der Bedarfsgemeinschaft oder ein Motorrad wird ebenfalls nicht als Vermögen berücksichtigt.

Verwertbar ist Vermögen, wenn es für den Lebensunterhalt verwendet oder sein Geldwert durch Verbrauch, Verkauf, Beleihung, Vermietung oder Verpachtung für den Lebensunterhalt nutzbar gemacht werden kann. Nicht verwertbar sind Vermögensgegenstände, über die die Inhaberin/der Inhaber nicht verfügen darf (zum Beispiel weil der Vermögensgegenstand verpfändet ist).

Ob Vermögen verwertbar ist, beurteilt das zuständige Jobcenter.

Wann müssen Nachweise zum Vermögen eingereicht werden?

Nachweise zur Prüfung Ihres Vermögens müssen Sie nur vorlegen, wenn das Jobcenter Sie dazu auffordert. Das Jobcenter kann zum Beispiel die Vorlage von Bescheinigungen der Versicherungen, Jahresabrechnungen oder auch Kontoauszüge (Näheres siehe unter Nummer 43 „Kontoauszüge“) zur Einsichtnahme verlangen. Aus den vorgenannten Unterlagen darf das Jobcenter von denjenigen Angaben Kopien fertigen und zu den Akten nehmen, die leistungsrelevant sind. Änderungen in den Vermögensverhältnissen in Ihrer Bedarfsgemeinschaft haben Einfluss auf die Höhe des Bürgergeldes und sind immer unverzüglich mitzuteilen.

Zusatzblatt 4.1 und 4.2

26 Erklärung zum Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft im Bewilligungszeitraum

EKS-Bogen Prognose sowie EKS-Bogen Festsetzung dienen zur Ermittlung von Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft im Billigungszeitraum. Bitte beachten Sie hierzu die „Ausfüllhinweise zur Anlage EKS für Zusatzblatt 4.1 und 4.2“.

Zusatzblatt 4.3

27 Einkommenserklärung zur Feststellung der Einkommensverhältnisse sowie vom Einkommen absetzbare Beträge

Bitte geben Sie das Einkommen jedes einzelnen Mitgliedes der Bedarfsgemeinschaft an. Einkommen sind alle Einnahmen in Geld und in bestimmten Fällen auch die in Geldeswert. Dazu gehören insbesondere:

- Einkommen aus nichtselbständiger oder selbständiger Arbeit, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Land- und Forstwirtschaft,
- Kindergeld, Entgeltersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, Insolvenzgeld, Übergangsgeld, Krankengeld, Berufsausbildungsbeihilfe,
- Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung (zum Beispiel Altersrente oder Knappschaftsausgleichsleistungen, Unfall- beziehungsweise Verletztenrenten), ausländische Renten, Betriebsrenten oder Pensionen,
- Unterhaltszahlungen, Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
- Zinsen, Kapitalerträge,
- Wohngeld, Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und
- sonstige laufende oder einmalige Einnahmen (zum Beispiel Elterngeld, Pflegegeld für erzieherischen Einsatz nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch).

Bitte geben Sie auch Einkünfte aus sozialversicherungsfreien Nebenbeschäftigungen an. Als Einkommen gelten auch Aufwandsentschädigungen bei einer ehrenamtlichen oder gemeinnützigen Tätigkeit. Zu den sonstigen laufenden oder einmaligen Einnahmen zählen unter anderem die Leibrente für eine verkaufte Immobilie und die Steuerrückerstattung. Auch Schadensersatzleistungen müssen Sie angeben.

Änderungen in den Einkommensverhältnissen in Ihrer Bedarfsgemeinschaft haben Einfluss auf die Höhe des Bürgergeldes und sind immer unverzüglich mitzuteilen.

28 Werbungskosten/Absetzungen

Im Zusammenhang mit einem Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit entstehen oft Ausgaben (Werbungskosten). Notwendige Ausgaben werden einkommensmindernd berücksichtigt.

So werden beispielsweise die Ausgaben für die Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in der Regel mit 0,20 Euro je Entfernungskilometer vom Einkommen abgesetzt.

Weitere Ausgaben, die als Werbungskosten abgesetzt werden, sind insbesondere:

- Ausgaben im Zusammenhang mit Ihrem Arbeitsverhältnis (zum Beispiel Fahrtkosten, Arbeitsmittel, Verpflegung),
- Unterhaltszahlungen,
- Elterneinkommen, das bei der Ausbildungsförderung (zum Beispiel Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld und Leistungen nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG)) eines Kindes berücksichtigt wird,
- Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen (zum Beispiel Kfz-Haftpflichtversicherung),
- **private Versicherung minderjähriger Kinder. Für angemessene private Versicherungen für minderjährige Kinder werden vom Einkommen des minderjährigen Kindes monatlich pauschal 30,00 Euro abgesetzt.**

29 Zusatzblatt 4.4 Einkommensbescheinigung durch den Arbeitgeber

Diese Bescheinigung ist nur von Arbeitgeber zu verwenden, wenn Sie keine anderweitigen Lohnnachweise erhalten sollten.

30 Zusatzblatt 5.1 – 5.4 Unterhaltsleistungen

Unterhaltsansprüche nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch sind vorrangige Leistungen zum Bürgergeld. Sofern Sie oder ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Anspruch auf Unterhalt hätten, ist dieser bei Nichterhalt geltend zu machen.

Formen von Unterhaltsleistungen (Aufzählung nicht abschließend):

- Kindesunterhalt
- Trennungsunterhalt
- Nachehelicher oder nachpartnerschaftlicher Unterhalt
- Vorgeburtlicher Unterhalt
- Betreuungsunterhalt
- Unterhaltsleistungen während eine Ausbildung

31 Zusatzblatt 6 privat oder nicht kranken- und pflegeversichert

Sofern Sie oder ein Mitglied Ihrer Bedarfsgemeinschaft zum Zeitpunkt der Antragstellung auf Bürgergeld bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind, wird auf Antrag ein Zuschuss zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung gewährt.

Darüber hinaus können Personen einer Bedarfsgemeinschaft, die nicht erwerbsfähig sind oder Bürgergeld nur darlehensweise beziehen, einen Zuschuss zu den Versicherungsbeiträgen beantragen, wenn sie versicherungspflichtig gesetzlich, freiwillig gesetzlich oder privat kranken- und pflegeversichert sind.

Die Höhe der Beiträge müssen Sie nachweisen. Aus dem Nachweis der privaten Krankenversicherungsbeiträge muss neben deren Höhe hervorgehen, ob diese den Beiträgen Ihres individuellen Basistarifs entsprechen. Falls Sie nicht im Basistarif versichert sind, sind die Beiträge dieses Tarifs zusätzlich nachzuweisen. Der Zuschuss wird grundsätzlich direkt an die jeweilige Krankenkasse überwiesen. Geben Sie deshalb bitte die Bankverbindung Ihrer Krankenkasse an.

Sofern Sie allein durch die Zahlung Ihrer Beiträge zur gesetzlichen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung hilfebedürftig werden, erhalten Sie vom Jobcenter einen Zuschuss zu diesen Versicherungsbeträgen in der Höhe, die notwendig ist, um die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden.

Sofern keine Krankenversicherung vorliegt – Verweis auf „Krankenversicherung

32 Zusatzblatt 7 kostenaufwendige Ernährung

Sofern Sie aus gesundheitlichen Gründen eine kostenaufwändige Ernährung benötigen, ist eine Bescheinigung Ihrer behandelnden Ärztin/Ihres behandelnden Arztes notwendig. Mit der ärztlichen Bescheinigung entbinden Sie auch Ihre Ärztin/Ihren Arzt von der Schweigepflicht. Eine fehlende Schweigepflichtentbindung kann unter Umständen zu einer vollständigen oder teilweisen Versagung oder Entziehung des Mehrbedarfs führen.

Sollte zur Beurteilung der Erkrankung medizinisches Fachwissen erforderlich sein, zum Beispiel bei der Angabe „sonstige Erkrankung“, wird gegebenenfalls den Ärztlichen Dienst des Jobcenters einschalten. Die Gebühren für die Ausstellung der Bescheinigung gehören nicht zum Mehrbedarf und können deshalb nicht übernommen werden.

33 Zusatzblatt 8 Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft

Bei Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft ist im Rahmen der Prüfung der Hilfebedürftigkeit auch das Einkommen und Vermögen der Partnerin/des Partners zu berücksichtigen. Eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft liegt vor, wenn **die Partnerin/der Partner** mit der/dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten **in einem gemeinsamen Haushalt** so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der **wechselseitige Wille** anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen. Diese Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft können sowohl gleichgeschlechtliche als auch verschiedengeschlechtliche Partner eingehen. Von dem Bestehen einer Partnerschaft ist auszugehen, wenn eine gewisse Ausschließlichkeit der Beziehung gegeben ist, die keine vergleichbare Lebensgemeinschaft daneben zulässt.

Auch kann von einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft ausgegangen werden, wenn zwischen der/dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Partnerin/dem Partner die grundsätzliche Möglichkeit der Heirat besteht.

Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn Partnerinnen und Partner:

- länger als ein Jahr zusammenleben,
- mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
- Kinder oder Angehörige im Haushalt gemeinsam versorgen oder
- befugt sind, über Einkommen oder Vermögen der/des Anderen zu verfügen.

Neben den Vermutungsregelungen können auch andere äußere Tatsachen das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft begründen. Dies kann beispielsweise ein gegebenes Eheversprechen, das Wohnen im gemeinsamen Wohneigentum oder die tatsächliche Pflege einer Partnerin/eines Partners im gemeinsamen Haushalt sein. Hierzu kann es erforderlich sein, weitere Daten zu erheben.

Kann ich die Vermutung über das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft widerlegen?

Die Vermutung kann von Ihnen widerlegt werden. Ausreichend ist allerdings nicht die Behauptung, dass der Vermutungstatbestand nicht erfüllt sei; erforderlich ist vielmehr, dass Sie darlegen und nachweisen, dass die oben genannten Kriterien nicht erfüllt werden beziehungsweise die Vermutung durch andere Umstände entkräftet wird.

Bitte machen Sie insbesondere Angaben zur Dauer des Zusammenlebens und legen hierfür entsprechende Nachweise (zum Beispiel Anmeldung bei Meldebehörden, Mietvertrag oder Versicherungspolice) vor. Bei Fragen hierzu wenden Sie sich bitte an Ihr zuständiges Jobcenter.